

DAS BUNDESTEILHABEGESETZ IM ÜBERBLICK

Dr. Florian Steinmüller und Tristan Fischer
Projekt „Umsetzungsbegleitung Bundesteilhabegesetz“
Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge e. V.

Gefördert durch:



In Trägerschaft von:

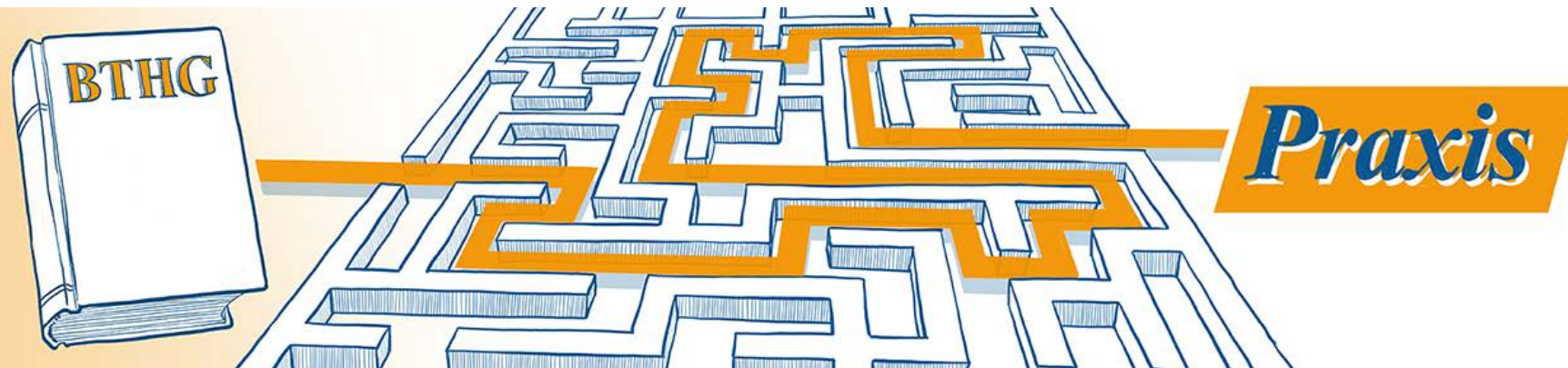


aufgrund eines Beschlusses
des Deutschen Bundestages

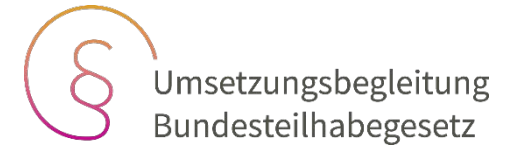


Umsetzungsbegleitung
Bundesteilhabegesetz

PROJEKT UMSETZUNGSBEGLEITUNG BUNDESTEILHABEGESETZ



PROJEKT UMSETZUNGSBEGLEITUNG BUNDESTEILHABEGESETZ ÜBERBLICK



Projektlaufzeit:

**Mai 2017 bis
Dezember 2022**

Projektgeber

Gefördert durch:



Bundesministerium
für Arbeit und Soziales

aufgrund eines Beschlusses
des Deutschen Bundestages

Projektträger



28 eigene und mehr als **30** externe Veranstaltungen (2018/2019)

8 Vertiefungsveranstaltungen (2020)

12 Regionalkonferenzen (2020-2022)

aktuell **7** Mitarbeiter/innen

Websitezugriffe:

ca. **30.000**

Besucher/Monat

ca. **230 Fragen und Beiträge**

im BTHG-Kompass auf der Website

www.umsetzungsbegleitung-bthg.de

PROJEKT UMSETZUNGSBEGLEITUNG BUNDESTEILHABEGESETZ

ZIELSTELLUNG



- Begleitung der zukünftigen Träger der Eingliederungshilfe bei der Umsetzung der neu eingeführten Regelungen
- Zielgruppen darüber hinaus:
 - Leistungserbringer
 - fachspezifische Organisationen von und für Menschen mit Behinderungen
 - ab 2020: Betreuungsbehörden, Betreuungsvereine und ehrenamtliche Betreuer/innen
- Transport von Intention, Hintergrund und Regelungsinhalten des BTHG in die Fachöffentlichkeit
- Information und Erfahrungsaustausch über die grundlegenden Veränderungen und rechtlichen Änderungen
- Projekt bezieht sich v. a. auf Änderungen in Teil 2 SGB IX n.F.

PROJEKT UMSETZUNGSBEGLEITUNG BUNDESTEILHABEGESETZ: MAßNAHMEN

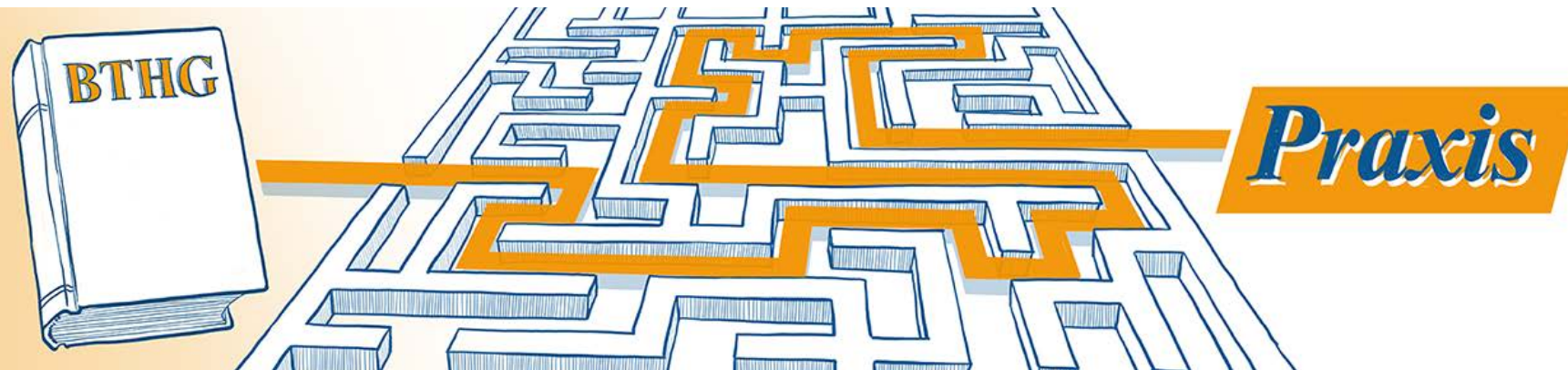


- Auftaktveranstaltung 2017 und Bilanzveranstaltung 2019
- Vertiefungsveranstaltungen 2018 – 2022, u.a.:
 - Die wesentlichen Änderungen durch das BTHG für Betreuerinnen und Betreuer, 05.-06.05.2020 in Augsburg
 - Neue Leistungsstruktur in der Eingliederungshilfe, 18.-20.05.2020 in Paderborn
 - Soziale Teilhabe, 03.-05.06.2020 in Hannover
- Regionalkonferenzen 2018 – 2022
- Informations- und Dialogportal auf www.umsetzungsbegleitung-bthg.de mit Webinaren
- fachliche Begleitung durch einen Projektbeirat
- Einbindung der Expertise von Menschen mit Behinderungen



Umsetzungsbegleitung
Bundesteilhabegesetz

BTHG IM ÜBERBLICK – WESENTLICHE INHALTE UND PHASEN DES INKRAFTTRETENS



- 2015: Abschließende Bemerkungen über den ersten Staatenbericht Deutschlands durch den UN-Ausschuss für die Rechte von Menschen mit Behinderungen
- BTHG entwickelt das deutsche Recht in Übereinstimmung mit den Vorgaben der UN-BRK weiter
- Ziele des BTHG:
 - gleichberechtigte, volle und wirksame Teilhabe und selbstbestimmte Lebensführung von Menschen mit Behinderungen
 - keine neue Ausgabendynamik in der Eingliederungshilfe entstehen zu lassen und die bestehende Ausgabendynamik durch Verbesserungen in der Steuerungsfähigkeit der Eingliederungshilfe zu bremsen



ÄNDERUNGEN DURCH DAS BUNDESTEILHABEGESETZ

Überblick

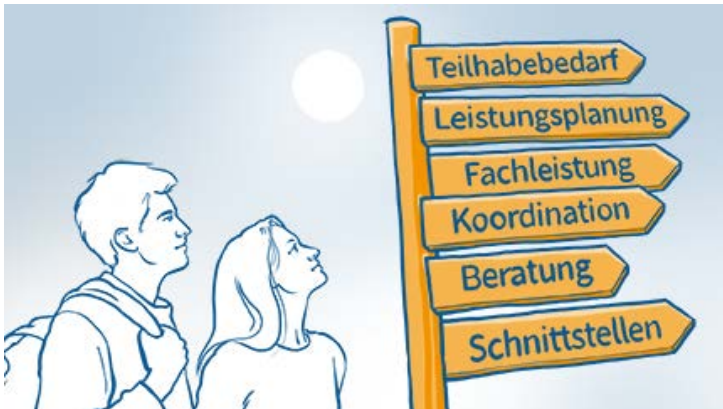
- BTHG: Artikelgesetz – Art. 1: SGB IX
- SGB IX, Teil 1 – Allgemeine Vorschriften:
 - Stärkung und verbindlichere Ausgestaltung, ohne dabei das gegliederte System in Frage zu stellen
- SGB IX, Teil 2 - Eingliederungshilferecht:
 - Neuregelung der aus dem SGB XII herausgelösten und reformierten Eingliederungshilfe
- SGB IX, Teil 3 - Schwerbehindertenrecht:
 - Weiterentwicklung des Schwerbehindertenrechts



ÄNDERUNGEN DURCH DAS BUNDESTEILHABEGESETZ

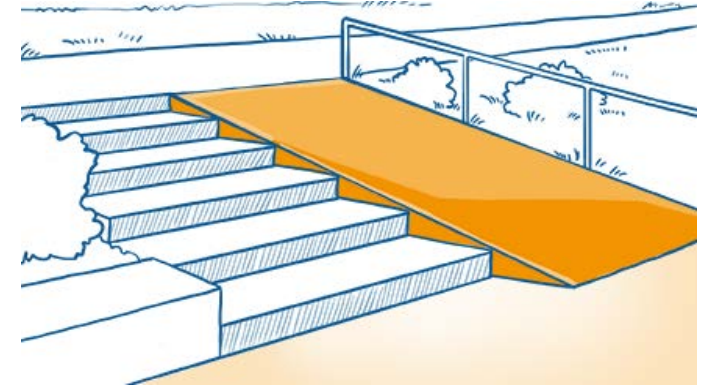
SGB IX, Teil 1

- SGB IX, Teil 1:
 - Neudefinition des Behinderungsbegriffs mit Orientierung an der ICF
 - „Leistungen wie aus einer Hand“ – Teilhabeplanverfahren sowie Kooperation und Koordination der Rehabilitationsträger; Prävention und frühzeitige Erkennung von Rehabilitationsbedarfen
 - Ergänzende unabhängige Teilhabeberatung
 - Stärkung der Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben, der Sozialen Teilhabe und der Teilhabe an Bildung

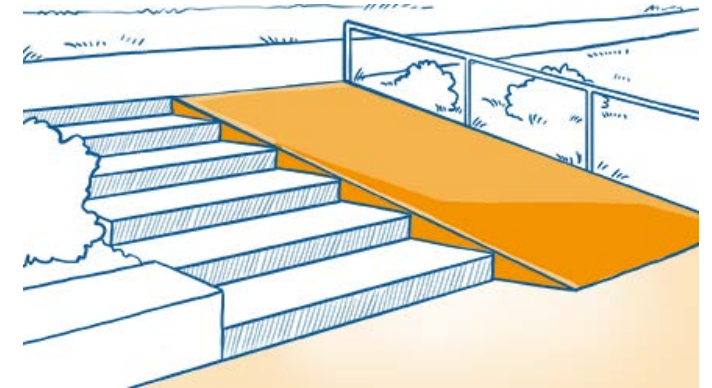


- SGB IX, Teil 2:
 - von der Einrichtungs- zur Personenzentrierung – Trennung von Fachleistungen und existenzsichernden Leistungen
 - Weiterentwicklung des Vertragsrechts
 - Veränderung der Gesamtplanung
 - Neuregelung des Einkommens- und Vermögenseinsatzes
 - Neudefinition des leistungsberechtigten Personenkreises

- Das BTHG tritt in vier Stufen in Kraft, beginnend mit dem 30.12.2016 bis zum 01.01.2023
- 1. Reformstufe (01.01.2017/01.04.2017):
 - Änderungen im Schwerbehindertenrecht
 - 1. Schritt bei Verbesserungen in der Einkommens- und Vermögensberücksichtigung
- 2. Reformstufe (01.01.2018):
 - Einführung SGB IX, Teil 1 und 3
 - vorgezogene Verbesserungen im Bereich der Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben und im Gesamtplanverfahren in der Eingliederungshilfe (im SGB XII)



- 3. Reformstufe (01.01.2020):
 - Einführung SGB IX, Teil 2
 - Trennung der Fachleistungen der Eingliederungshilfe von den existenzsichernden Leistungen
 - 2. Schritt bei Verbesserungen in der Einkommens- und Vermögensberücksichtigung
- 4. Reformstufe (01.01.2023):
 - Neubestimmung des leistungsberechtigten Personenkreises in der Eingliederungshilfe





UMSETZUNGSSTAND DES BTHG IN DEN BUNDESLÄNDERN



UMSETZUNGSSTAND

AKTUELLES

- BMAS-Bericht zum Stand der Maßnahmen der Umsetzungsunterstützung nach Art. 25 BTHG
- Musterformulare der BAR für den Reha-Prozess
- Richtlinien des GKV-Spitzenverbandes nach § 71 Abs. 5 Satz 1 SGB XI in Kraft getreten
- Studie zur Implementierung von Instrumenten der Bedarfsermittlung nach § 13 SGB IX veröffentlicht

- Zahlreiche Bestimmungen des BTHG werden durch Landesgesetze konkretisiert. Hierbei gibt es notwendige Umsetzungsmaßnahmen und gesetzgeberische Gestaltungsspielräume.
 - Erarbeitung von Ausführungsgesetzen
 - Bestimmung der zukünftigen Träger der Eingliederungshilfe (§ 94 Abs. 1 SGB IX)
 - Abweichung nach oben von dem vorgesehenen Prozentsatz der Bezugsgröße im Kontext des Budgets für Arbeit (§ 61 Abs. 2 SGB IX)
 - Instrument zur Bedarfsermittlung (§ 118 Abs. 2 SGB IX n.F.)
 - Bestimmung der maßgeblichen Interessenvertretungen der Menschen mit Behinderungen (§ 131 Abs. 2 SGB IX)
 - Abschluss von Rahmenverträgen auf Landesebene durch Träger der Eingliederungshilfe und Vereinigungen der Leistungserbringer (§ 131 Abs. 1 SGB IX)

UMSETZUNGSSTAND

AUSFÜHRUNGSGESETZE ZUM BTHG/SGB IX

In allen Bundesländern wurden Ausführungsgesetze zum BTHG/SGB IX verabschiedet

UMSETZUNGSSTAND: TRÄGER DER EINGLIEDERUNGSHILFE (1/2)

- **Baden-Württemberg:** Stadt- und Landkreise
- **Bayern:** Bezirke
- **Berlin:** Land Berlin (Teilhabefachdienste der Ämter für Soziales der Bezirke)
- **Brandenburg:** Landkreise und kreisfreie Städte sowie das Land Brandenburg (für übergeordnete Steuerungsaufgaben)
- **Bremen:** Stadtgemeinden Bremen und Bremerhaven sowie das Land Bremen (für übergeordnete Steuerungsaufgaben)
- **Hamburg:** Freie und Hansestadt Hamburg
- **Hessen:** kreisfreie Städte und Landkreise, Landeswohlfahrtsverband Hessen („Lebensabschnittsmodell“)
- **Mecklenburg-Vorpommern:** Landkreise und kreisfreie Städte
- **Niedersachsen:** Landkreise, kreisfreie Städte und Region Hannover sowie Land („Lebensabschnittsmodell“)

- **Nordrhein-Westfalen:** Kreise und kreisfreie Städte als örtliche Träger (Kinder und Jugendliche in der Herkunftsfamilie bis zum Abschluss einer ersten allgemeinen Schulausbildung) sowie Landschaftsverbände als überörtliche Träger („Lebensabschnittsmodell“)
- **Rheinland-Pfalz:** Land sowie Landkreise und kreisfreie Städten („Lebensabschnittsmodell“); Das Land bei Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben auch für Minderjährige zuständig
- **Saarland:** Land Saarland (Landesamt für Soziales)
- **Sachsen:** kreisfreie Städte, Landkreise und der Kommunale Sozialverband Sachsen (KSV) mit verteilten Zuständigkeiten
- **Sachsen-Anhalt:** Land Sachsen-Anhalt; Kreise und kreisfreie Städte im Einzelfall
- **Schleswig-Holstein:** Landkreise und kreisfreie Städte und das Land (für übergeordnete Steuerungs- und Koordinierungsaufgaben)
- **Thüringen:** Landkreise und kreisfreie Städte und das Land (für übergeordnete Steuerungs- und Koordinierungsaufgaben)

UMSETZUNGSSTAND: BUDGET FÜR ARBEIT – HÖHE DES LOHNKOSTENZUSCHUSSES

Gesetzliche Regelung, § 61 Abs. 2, Satz 2 SGB IX:

Der Lohnkostenzuschuss beträgt bis zu 75 Prozent des vom Arbeitgeber regelmäßig gezahlten Arbeitsentgelts (Arbeitnehmerbruttolohn), höchstens jedoch 40 Prozent der monatlichen Bezugsgröße nach § 18 Abs. 1 SGB IV (1.274 Euro für das Jahr 2020) (Abweichung nach oben durch Landesrecht möglich)

- In Baden-Württemberg, Berlin, Brandenburg, Hamburg, Hessen, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen, Sachsen, Sachsen Anhalt und Thüringen bleibt es (derzeit) bei der bundesgesetzlichen Regelung.

Abweichungen nach oben:

Bayern: bis 48 Prozent der monatlichen Bezugsgröße nach § 18 Abs. 1 SGB IV

Bremen: bis 60 Prozent der monatlichen Bezugsgröße nach § 18 Abs. 1 SGB IV

Rheinland-Pfalz: bis 60 Prozent der monatlichen Bezugsgröße nach § 18 Abs. 1 SGB IV

→ Orientierung an den durchschnittlichen Kosten eines Platzes in einer Werkstatt für behinderte Menschen.

- **Baden-Württemberg:** BEI_BW, Erprobung beendet und Abschlussbericht veröffentlicht.
- **Bayern:** Instrument BIFay in der Pilotphase.
- **Berlin:** Teilhabeinstrument Berlin (TIB), Rechtsverordnung durch das Land Berlin im Juli 2019.
- **Brandenburg:** ITP Brandenburg landesweit eingeführt, Rechtsverordnung geplant.
- **Bremen:** Anwendung des B.E.Ni in einer modifizierten Version, Kooperation mit Niedersachsen zur Einführung eines B.E.Ni Bremen.
- **Hamburg:** Überarbeitung des Hamburger Gesamtplans.
- **Hessen:** Personenzentrierter integrierter Teilhabeplan (PiT).
- **Meck-Pommern:** Integrierter Teilhabeplan Mecklenburg-Vorpommern (ITP M-V).
- **Niedersachsen:** BedarfsErmittlung Niedersachsen (B.E.Ni), Arbeitsversion 2.0 seit 20.07.2018 sowie Handbuch. B.E.Ni ist für Leistungen in der sachlichen Zuständigkeit des überörtlichen Trägers der Sozialhilfe in Neufällen verbindlich anzuwenden. Den örtlichen Trägern der Sozialhilfe wird die Nutzung empfohlen.

- **Nordrhein-Westfalen:** BEI_NRW - Bedarfe ermitteln, Teilhabe gestalten, einheitlich für LVR und LWL. Aktuell wird der BEI_NRW nach und nach in den verschiedenen Regionen des LVR und LWL eingeführt, das Personal geschult und die EDV-Version realisiert.
- **Rheinland-Pfalz:** Die Entwicklung des neuen Instruments „Individuelle Gesamtplanung Rheinland-Pfalz“ ist abgeschlossen. Das Instrument befindet sich aktuell in der Implementierungsphase und wurde noch nicht veröffentlicht.
- **Saarland:** Teilhabeplan Saarland (THP-SL) in Erarbeitung.
- **Sachsen:** Der ITP Sachsen wurde am 9. April 2019 veröffentlicht.
- **Sachsen-Anhalt:** Eingliederungshilfe Land Sachsen-Anhalt (ELSA).
- **Schleswig-Holstein:** Erarbeitung eines landesweit einheitlichen Instruments.
- **Thüringen:** Einführung des ITP per Rechtsverordnung zum 01.01.2018 für alle Landkreise und kreisfreien Städte, zuvor wurde der ITP bereits ab 2011 in mehreren Modellregionen in Thüringen erprobt.

UMSETZUNGSSTAND: BESTIMMUNG DER MAßGEBLICHEN INTERESSENVERTRETUNGEN, § 131 ABS. 2 SGB IX (1/3)

- **Baden-Württemberg:** Landesbehindertenbeauftragte sowie die weiteren, vom Landesbehindertenbeirat benannten Interessenvertretungen.
- **Bayern:** LAG SELBSTHILFE Bayern e.V.
- **Berlin:** Landesbeauftragte für Menschen mit Behinderungen sowie eine weitere vom Landesbeirat für Menschen mit Behinderungen benannte Person.
- **Brandenburg:** Landesbehindertenbeirat Brandenburg benennt bis zu drei Vertreterinnen und Vertreter.
- **Bremen:** Gemeinsam mit dem federführenden Senatsressort hat sich der Landesteilhabebeirat darauf geeinigt, dass der Beirat mit sechs Personen in der Vertragskommission und mit jeweils zwei in den Unterkommissionen vertreten sein wird.
- **Hamburg:** Landesarbeitsgemeinschaft für behinderte Menschen e.V. (LAG).

UMSETZUNGSSTAND: BESTIMMUNG DER MAßGEBLICHEN INTERESSENVERTRETUNGEN, § 131 ABS. 2 SGB IX (2/3)

- **Hessen:** Der Inklusionsbeirat bei der oder dem Beauftragten der Hessischen Landesregierung für Menschen mit Behinderungen für die Dauer seiner Amtszeit bestimmt drei Vertreter/innen der Verbände der Menschen mit Behinderungen sowie deren Stellvertretungen.
- **Mecklenburg-Vorpommern:** Rat für Integrationsförderung von Menschen mit Behinderungen und chronischen Erkrankungen.
- **Niedersachsen:** Interessenvertretung der Menschen mit Behinderungen ist der Landesbeirat für Menschen mit Behinderungen, der insoweit nur durch das vorsitzende Mitglied und die Mitglieder nach § 12 Abs. 2 Satz 2 Nr. 1 des Niedersächsischen Behindertengleichstellungsgesetzes handelt.
- **Nordrhein-Westfalen:** Landesverbände der Menschen mit körperlichen, seelischen, geistigen oder Sinnesbeeinträchtigungen sowie die Sozialverbände; die oder der Landesbehindertenbeauftragte unterstützt die Koordinierung der Beteiligung mit einer Koordinierungsstelle.

UMSETZUNGSSTAND: BESTIMMUNG DER MAßGEBLICHEN INTERESSENVERTRETUNGEN, § 131 ABS. 2 SGB IX (3/3)

- **Rheinland-Pfalz:** Die von den Landesverbänden der unabhängigen Selbstvertretung und der Selbsthilfe im Benehmen mit dem Landesbeirat zur Teilhabe behinderter Menschen in Rheinland-Pfalz bestimmten und entsandten Vertreter/innen sowie deren Stellvertretungen.
- **Saarland:** Landesbeirat für die Belange von Menschen mit Behinderungen.
- **Sachsen:** Landesbeirat für die Belange der Menschen mit Behinderungen.
- **Sachsen-Anhalt:** Landesbehindertenbeirat vertreten durch den Beauftragten der Landesregierung für die Belange der Menschen mit Behinderungen.
- **Schleswig-Holstein:** Der Landesbeauftragte für Menschen mit Behinderungen.
- **Thüringen:** LIGA der politischen Interessen- und Selbstvertretung von Menschen mit Behinderungen in Thüringen e.V.

UMSETZUNGSSTAND: LANDESRAHMENVERTRÄGE NACH § 131 ABS. 1 SGB IX

- Baden-
Württemberg:** Es wurde eine Übergangsvereinbarung geschlossen. Die Überleitung findet zum 1. Januar 2020 statt. Die Übergangsphase ist befristet bis längstens 31. Dezember 2021.
- Bayern:** Es wurde eine Übergangsvereinbarung für die Zeit vom 1. Januar 2020 bis längstens 31. Dezember 2022 geschlossen.
- Berlin:** Am 5. Juni 2019 wurde auf Landesebene der Landesrahmenvertrag nach § 131 SGB IX zwischen dem Land Berlin (vertreten durch die für Soziales zuständige Senatsverwaltung) und der Vereinigung der Leistungserbringer geschlossen. In § 39 des Berliner Rahmenvertrages werden Übergangsregelungen getroffen. Das Ende der Übergangsregelung wird für den 31. Dezember 2021 angestrebt.
- Brandenburg:** Den Brandenburger Rahmenvertrag § 131 SGB IX, Teil A inkl. Anlagen finden Sie unter folgendem Link: <https://lasv.brandenburg.de/sixcms/detail.php/918968>
- Bremen:** Der Landesrahmenvertrag wurde im August 2019 zwischen der Freien Hansestadt Bremen (Land) als überörtlicher Träger der Eingliederungshilfe unter Beteiligung der Stadtgemeinden Bremen und Bremerhaven als örtliche Träger der Eingliederungshilfe und den Vereinigungen der Leistungserbringer geschlossen. Bis Ende 2020 soll ein neuer Landesrahmenvertrag geschlossen werden.

UMSETZUNGSSTAND: LANDESRAHMENVERTRÄGE NACH § 131 ABS. 1 SGB IX

- Hamburg:** Am 19. Dezember 2018 wurde der Landesrahmenvertrag nach § 131 SGB IX zwischen der Freien und Hansestadt Hamburg (vertreten durch die Behörde für Arbeit, Soziales, Familie und Integration als Trägerin der Eingliederungshilfe) und den Vereinigungen der Leistungserbringer auf Landesebene geschlossen. Mit einer Frist von sechs Monaten zum Ende des Kalenderjahres, erstmals zum 01.01.2024 schriftlich kündbar.
- Hessen:** Es wurde ein Übergangsrahmenvertrag bis Ende 2021 vereinbart.
- Mecklenburg-Vorpommern:** Der Landesrahmenvertrag ist am 1. Januar 2020 per Landesverordnung in Kraft getreten. Gilt bis zum Abschluss einer neuen Vergütungsvereinbarung, längstens bis Ende 2020.
- Niedersachsen** Es wurde eine Übergangsvereinbarung zur Umsetzung des BTHG in Niedersachsen für die Zeit bis zum 31. Dezember 2021 geschlossen.
- Nordrhein-Westfalen:** Am 23. Juli 2019 wurde ein Landesrahmenvertrag zum SGB IX zwischen den Landschaftsverbänden Rheinland (LVR) und Westfalen-Lippe (LWL) und den kommunalen Spitzenverbänden (Städtetag NRW, Landkreistag NRW, Städte- und Gemeindebund NRW) und den Wohlfahrtsverbänden sowie den öffentlichen und privat-gewerblichen Leistungsanbietern geschlossen. Bis Ende 2022 gültig, kann auf Antrag einer Vertragspartei verlängert werden.

UMSETZUNGSSTAND: LANDESRAHMENVERTRÄGE NACH § 131 ABS. 1 SGB IX

- Rheinland-Pfalz:** Der Landesrahmenvertrag wurde Ende 2018 zwischen dem Träger der Eingliederungshilfe (Landesamt für Soziales, Jugend und Versorgung) und den Vereinigungen der Leistungserbringer (LIGA der Freien Wohlfahrtsverbände in Rheinland-Pfalz e.V., Bundesverband privater Anbieter sozialer Dienste e.V., Landeskrankenhaus (AÖR), Pfalzkrankenhaus (AÖR)) geschlossen. Dieser gilt für die volljährigen Menschen mit Behinderungen. Der Landesrahmenvertrag für die minderjährigen Menschen mit Behinderungen ist noch in Arbeit und wird von den 36 Kommunen mit den Leistungserbringern abgeschlossen.
- Saarland:** Keine Informationen vorhanden.
- Sachsen:** Am 5. August 2019 wurde der Rahmenvertrag für die zukünftigen Leistungen der Eingliederungshilfe für Kinder, Jugendliche und erwachsenen Menschen mit Behinderungen in Sachsen durch die Träger der Eingliederungshilfe und Leistungserbringer unterzeichnet.
- Sachsen-Anhalt:** Der Rahmenvertrag des Landes Sachsen-Anhalt zur Erbringung von Leistungen der Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderungen nach § 131 Abs. 1 SGB IX wurde am 14. August 2019 zwischen dem Land Sachsen-Anhalt und den Vereinigungen der Leistungserbringer geschlossen. Der Vertrag endet Ende 2021, kann aber sechs Monate vor Ablauf der Frist um ein weiteres Jahr verlängert werden.

UMSETZUNGSSTAND: LANDESRAHMENVERTRÄGE NACH § 131 ABS. 1 SGB IX

Sachsen- Anhalt

Der Rahmenvertrag des Landes Sachsen-Anhalt zur Erbringung von Leistungen

Schleswig- Holstein: Thüringen:

Der Landesrahmenvertrag wurde am 12. August 2019 zwischen den Kreisen und kreisfreien Städten des Landes Schleswig-Holstein, dem Land und Vereinigungen der Leistungserbringer geschlossen.

Am 31. Mai 2019 ist in Thüringen der Landesrahmenvertrag zur Umsetzung des Bundesteilhabegesetzes zwischen den Trägern der Eingliederungshilfe und den Verbänden der Leistungserbringer geschlossen worden.

KONTAKT



Projekt Umsetzungsbegleitung Bundesteilhabegesetz

Telefon: 030-62980-508

info@umsetzungsbegleitung-bthg.de

www.umsetzungsbegleitung-bthg.de

Bleiben Sie auf dem Laufenden:
www.umsetzungsbegleitung-bthg.de/newsletter

Gefördert durch:



In Trägerschaft von:



aufgrund eines Beschlusses
des Deutschen Bundestages